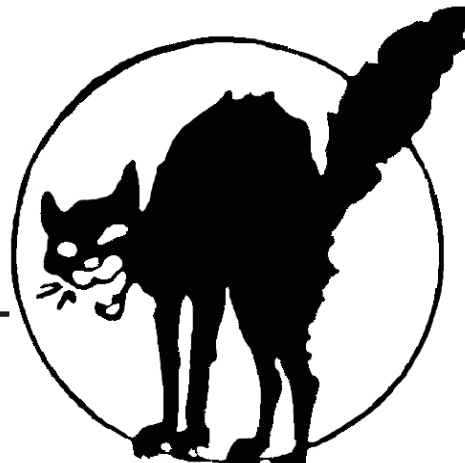


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Pandemie und was nun?

Die Coronakrise bestimmt immer noch unseren Alltag, doch abgesehen von Masken und ausfallenden Volksfesten kommt sehr wahrscheinlich etwas auf uns zu, das uns noch viel stärker beschäftigen wird: Eine massive Entlassungswelle quer durch alle Branchen.



Erste Bereitschaft, sich zu wehren: Am 11. September kam es am Flughafen Zürich zu Protesten. Trotz Milliardenhilfen setzt die Flugindustrie den Rotstift an.

Die Welt steckt in einer schweren Wirtschaftskrise, teilweise bedingt durch die Folgen der Pandemie, teilweise liegen die Ursachen aber auch anderswo: Die Lösungswege nach der Subprime-Krise 2008 waren alles andere als nachhaltig und haben neue Blasen gebildet, die seit mehreren Jahren zu platzen drohen¹. Der grosse Börsencrash von Mitte Februar bis Anfang März 2020 ist auch nicht unbedingt direkt auf das Virus zurückzuführen: Ende Januar stiegen die Kurse stark an, Corona-Fälle waren da schon in zehn Ländern auf drei Kontinenten zu verzeichnen, am 30. Januar verkündete die WHO einen globalen Notstand und Mitte

Februar waren in China bereits 1200 Tote zu beklagen – beides ohne Effekt auf die Börsenkurse. Aber wie bereits 2008 sind massive Verschuldungen im Finanzsystem zu sehen, weil die Zentralbanken mit frischem Geld versucht haben die Wirtschaft zu stützen. Finanzexpert*innen warnten denn auch in den Monaten vor dem Crash, dass ein so langes und stetiges Wachstum an der Börse zu einem Crash führen werde – einer sogenannten Kurskorrektur. Und dass die Corona-Pandemie bloss die Schneeflocke sei, welche die Lawine ins Rutschen gebracht habe².

¹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/immobilienblase-103.html>; <https://www.welt.de/finanzen/article181426442/Finanzblase-Experten-warnen-vor-der-naechsten-Finanzkrise.html>

² <https://capital.com/stock-market-crash-2020>; <https://time.com/5793506/a-stock-market-crash-was-coming-coronavirus-was-just-the-spark/>

(weiter auf Seite 2)

September/Oktober 2020

Nr. 66 12. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

FAU-News 3

Was geht gerade in der FAU Bern? Eine sehr kurze Zusammenfassung.

Fahrplanmässiger Ausfall 4

Immer mehr Zugverbindungen in Zürich und in der Romandie fallen aus. Der Grund dafür ist einfach: Es fehlt an geschultem Personal. Und dies, obschon das Problem schon lange bekannt ist.

Gemeinsam gegen den Drachen 5

In einer globalisierten Welt haben Lock-downs in Europa Konsequenzen am anderen Ende der Welt. In Bangladesh wehren sich nun Näher*innen gegen Ausbeutung und fordern Gewerkschaftsrechte und ihre Löhne. Denn die Chef*innen rechtfertigen ihren Betrug mit der Pandemie.

Arbeitskämpfe in Europa 7

Arbeitskämpfe haben in Europa stark zugenommen seit dem Beginn der Pandemie. Von der Industrie über die Logistik bis hin zum Medizinpersonal waren viele Branchen betroffen. Besonders der Aktivismus von unten nahm zu. Doch für die kommenden Kämpfe braucht es Visionen und Pläne, statt spontaner Abwehr.

Rubriken
Rechtliches

8

Editorial

*Wie bereits von Expert*innen prophezeit, steigen die Covid-19-Fallzahlen wieder an. Einige Länder befinden sich bereits in einem zweiten Lockdown, rund um die Schweiz geraten immer mehr Länder und Regionen auf die Schweizer Risikoliste. Auch in der Schweiz nehmen die Fälle zu. Und trotzdem liebäugelt die Regierung mit Grossveranstaltungen ab Oktober. Im gleichen Atemzug werden die bereits mangelhaften Unterstützungsangebote abgebaut. Wir sind also wieder in der Normalität angekommen: Die Regierung ist wieder stramm bürgerlich und versucht, alles wegzusparen, was möglich ist.*

*Wenn der Staat – wie so oft – nichts tut, dann müssen wir selber Hand anlegen. Dies ist das Motto, das nicht nur viele Arbeiter*innen Europas seit Beginn der Pandemie antreibt. Den Lockdown in Italien wollte die dortige Regierung zuerst hinauszögern, darauf kam es zu massenhaft Streiks von unten, die einen Lockdown erzwangen. Zum Schutze aller. Ab Seite 7 findet ihr eine gute Übersicht über die Arbeitskämpfe in Europa. So wehrte sich z.B. auch das Spitalpersonal gegen die unhaltbaren Zustände. So wie sich die Pandemie nicht an Grenzen hält, so sollte unsere Solidarität auch nicht an den Grenzen enden. Ein Beispiel dafür ist die Kampagne gegen die Ausbeutung in der Kleidungsindustrie, die sich am Fall der Dragon Group in Bangladesch zeigt (und sich auf Seite 5 befindet). Auch die Flüchtlingsthematik hat sich nicht entspannt. Auch dort hat sich die Organisation nicht nur in der Schweiz gestärkt. Immer mehr Flüchtlinge, die in Rückkehrzentren gefangen gehalten werden, wehren sich gegen die menschenunwürdigen Zustände in diesen Zentren. Gleiches gilt auch für die Zustände im niedergebrannten Flüchtlingslager Moria in Griechenland.*

*Solidarische
Fauistas*

Pandemie

(von Seite 1)

Machtkampf ums Erdöl

Dazu kam ein schwelender Machtkampf unter den erdölfördernden Ländern: Seit die USA ihre ganze Landstriche verseuchende Fracking- und Ölsand-Programme hochgefahren haben, sind die Preise gefallen. Dies hat Länder wie Saudi-Arabien und Russland, die auf die Erdöleinnahmen angewiesen sind, in eine schwierige Lage gebracht. Dann kam die Coronakrise in China und die abnehmende Nachfrage führte zu fallenden Ölpreisen. Deswegen brach Anfang März der Machtkampf zwischen der OPEC (Organisation of the Petrol Exporting Countries) um Saudi-Arabien und Russland offen aus. Die Folge war ein Preissturz beim Erdöl, um 24%-34%.

Dazu kamen die unsicheren Zukunftsaussichten durch die Corona-Pandemie, die Folgen der Pandemie selber und deren Bekämpfung. Die Pandemie hätte auf jeden Fall einen Einfluss auf die

nicht arbeiten konnten respektive auf Unterstützung angewiesen waren.

Die Pandemie ist also da und die Wirtschaftskrise auch – wie geht es jetzt weiter?

Massiver Stellenabbau in der Autoindustrie

Im Juni gab BMW die Streichung von 6000 Stellen bekannt, Mitte September verkündete das Unternehmen, dass es zu weiterem Stellenabbau kommen könnte. Ein paar Tage vorher kündigte der Lastwagen- und Busbauer MAN den Abbau von 9500 Stellen in Deutschland und Österreich an. Daimler-Benz (u.a. Mercedes) begann den Reigen im Juli, als bekannt gegeben wurde, dass weltweit 30'000 Stellen abgebaut würden. Wieso sollte uns das interessieren? Einerseits, weil die Autobauer*innen sehr schnell auf die wirtschaftliche Lage reagieren. Wenn es der Wirtschaft schlechter geht, entlassen sie sehr schnell Leute und versuchen sich mit Sparprogrammen zu retten. In der Vergangenheit war die Branche auch eine



Die massiven Fracking-Bemühungen in den USA haben die Erdölpreise in den Keller sinken lassen. Fracking ist stark umweltschädlich.

Wirtschaft gehabt, ob mit oder ohne Lockdown – wenn die Menschen Angst vor einem tödlichen Virus haben, gehen sie nicht shoppen und planen auch keine grossen Reisen, wenn die Wirtschaft dann auch noch auf rasanter Talfahrt ist und Stellen abgebaut werden, ist der Konsum am Boden. Und wie die Langzeitfolgen von Covid-19 sind, lässt sich auch noch kaum abschätzen. Bei vergangenen Pandemien wie SARS oder MERC waren die Langzeitfolgen gravierender als der Höhepunkt der Pandemie selber – da viele Menschen auf lange Zeit geschwächt wurden und darum

der ersten, wenn es um Automatisierung und die Umorganisation der Arbeitskräfte ging – etwa mit dem Einsatz von Temporären, der Auslagerung und der Just-In-Time-Produktion. Andererseits steht hinter einem Neuwagen ein extrem grosser und komplexer Herstellungsprozess. Ein Auto wird nicht von einer Firma entworfen und gebaut, sondern es sind Dutzende zum Teil hochspezialisierte Unternehmen als Zuliefernde beteiligt. Und diese Firmen sind, im Gegensatz zu den Fabriken, in welchen die Autos zusammen gebaut werden, auch in der Schweiz. Ein Abbau bei den grossen

Autofirmen in Deutschland hat oft auch einen Stellenabbau bei Zulieferfirmen im Rheintal und im Solothurnischen zur Folge – mit etwas Verzögerung. Wenn die Autoindustrie erkaltet ist, hustet also die ganze Wirtschaft.

Wankt nicht, wehrt euch!

Wegen der besonderen Lage der Pandemie sind aber unabhängig von Finanzwelt und Autoindustrie auch andere Branchen direkt betroffen: Tourismus, Hotellerie, Reise- und Eventbranche können nach wie vor nicht normal wirtschaften – und sollten dies auch nicht, bis es Impfungen gegen Covid-19 gibt, was je nach Prog-

nosen bis Winter 2020 oder gar Herbst 2021 dauern kann. In dieser Zeit werden die Firmen in diesen Branchen entweder Konkurs gehen, mit Staatshilfe über Wasser gehalten werden – oder was absehbar am Wahrscheinlichsten ist, sich stark verkleinern und trotzdem nur mit Staatshilfe überleben können. Erste Massenentlassungen in diesen Bereichen sind bereits angekündigt – etwa am Flughafen Zürich, bei Swissport oder GateGourmet. Andere Firmen wollen sich mit haarsträubenden Massnahmen retten: Der CEO der Buchhandlungskette Thalia Mayer-sche etwa bittet die Angestellten gratis Überstunden zu machen, damit sich das Unternehmen im Weihnachtsverkauf die

saisonalen Angestellten sparen kann. Mit anderen Worten: Die Buchhändler*innen, die zu einem eh schon schmalen Lohn in guten Zeiten die Profite generieren, sollen nun in schlechten Zeiten auch noch das Geschäftsrisiko tragen. Zu solchen Forderungen müssen wir uns, auch im Angesicht einer schwierigen Zukunft, entschlossen wehren. Einerseits werden diese Massnahmen nach einer Krise nämlich einfach beibehalten und andererseits nehmen wir mit Gratisüberstunden oder Mehrarbeit anderen Menschen die Butter vom Brot: Denkt an die Arbeitslosen, macht keine Überstunden!

smf

FAU-News

Solifon: erste Erfolge, auch vor der Schlichtungsstelle

Die FAU beteiligt sich seit Ende März am Corona-Solifon, einer kostenlosen Beratungshotline welche vor allem arbeitsrechtliche Beratung leistet.

In den letzten Wochen kamen drei Fälle, die das Solifon unterstützt hat, vor das Arbeitsgericht - und alle drei wurden gewonnen. Die zurückgeholten Gelder übersteigen zusammen 20'000 CHF - kämpfen lohnt sich (auch wenn es „nur“ ein Gang vor Gericht ist). Das Solifon hat in Dutzenden anderen Fällen Ratschläge und Tipps gegeben, viele dieser Fälle konnten erfolgreich abgeschlossen werden, bei anderen war hingegen nichts zu machen. Auch weil die Corona-Regelungen massive Lücken hatten. Und zwar, wie so oft, genau bei denjenigen, die am wenigsten Reserven haben.

Aktionstag gegen Arbeit auf Abruf am 29. August

Der Lockdown und die Entlassungswellen, welche die Sars-Cov2-Pandemie begleiteten, trafen vor allem eine Gruppe von Arbeiter*innen stark: Menschen, die auf Abruf bzw. mit Null-Stunden-Verträgen arbeiten. Ihnen wurde oft die Kurzarbeit vorenthalten, Lohn bekamen sie auf einen Schlag nicht mehr.

Aus der ganzen Romandie, aus Basel, Zürich und Bern kamen Mitglieder von verschiedenen Basisorganisationen, um sich über Arbeit auf Abruf auszutauschen. Die Stossrichtung ist klar: Arbeit auf Abruf ist eine besonders üble Form von Ausbeutung und soll abgeschafft werden.

Nach einem äusserst interessanten Austausch zogen wir danach noch auf den Casinoplatz.

Regionaltreffen, Generalversammlung und Struktur

Die FAU wächst. Da sich dies nicht nur in Mitgliederzahlen, sondern auch in der regionalen Verteilung ausdrückt, müssen die theoretischen Überlegungen zu föderalen Strukturen in die Praxis umgesetzt werden. Da wir dies nicht zentralistisch von Bern aus machen möchten, organisieren wir seit längerem Regionaltreffen. Zu diesem Zeitpunkt fanden bereits solche Treffen in Zürich und St. Gallen statt. Bern folgt am 3. Oktober, das Datum für die Romandie steht noch aus. Eine Voll-

bzw. Generalversammlung ist für November geplant.

Die Schwierigkeit besteht also nicht nur in der örtlichen Distanz, sondern auch in der Sprache. Mehrsprachigkeit ist aber ohnehin ein Muss bei ernsthafter Basisgewerkschaftsarbeit. Die jetzige Krise zeigt nochmals, welche Gruppe am schwersten betroffen ist, betrogen und ausgenutzt wird: Menschen, die dadurch erpressbar sind, dass sie keinen roten Pass haben.

Die Coronakrise beeinträchtigt den Alltag von uns allen. Wir hören viel und oft Falsches darüber, die Menschen sind verunsichert, eingesperrt und ohnmächtig. Wir von Coronasoli finden es wichtig, dass sich Arbeiterinnen und Arbeiter in dieser Zeit gegenseitig solidarisch unterstützen.

- 1 Ist dir wegen Corona gekündigt worden?
- 2 Arbeitest du auf Abruf und bekommst keine Arbeit mehr?
- 3 Weisst du nicht, wie du für deinen Erwerbsausfall Geld beantragen kannst?
- 4 Kannst du nicht arbeiten, weil deine Kinder nicht mehr in die Kita oder Schule gehen können?
- 5 Werden an deinem Arbeitsplatz die Schutzmassnahmen nicht richtig eingehalten?
- 6 Musst du viel mehr arbeiten als sonst und wirst dafür nicht bezahlt?

! Du bist damit nicht alleine. Ruf uns an und wir versuchen dir zu helfen.

Deutsch
Français
English
Italiano
Español
עברית

Corona Solifon 076 620 95 74
Neu ab August: Mo 18–20h / Di 10–12h / Sa 10–12h
coronasolifon@protonmail.com

Die Beratung ist gratis.

FAU Die Basisgewerkschaft | coronasoli

bitte nicht lieben

Fahrplanmässiger Ausfall

In der Region Zürich und in der Romandie fallen jeden Tag über 120 Züge aus, weil das Personal fehlt.

Dass der frühere CEO der SBB, Andreas Meyer, ein Sparteufel ist, ist schon lange bekannt – eine seiner ersten Amtshandlungen war die „Umstrukturierung“ der SBB-Werkstätten. Unter anderem sollte die letzte Werkstätte südlich des Gotthards geschlossen werden, was dank dem einmonatigen Besetzungstreik und dem jahrelangen Kampf der Belegschaft der *Officine Bellinzona* nicht gelang. Die Officine leben noch, Meyer hat abgedankt. Und trotzdem ist Meyers Knausrigkeit wieder in den Medien: Den SBB fehlen jeden Tag 120 bis 150 Lokführer*innen. Die Folge: Jeden Tag fallen 125 Züge aus. Das Problem überrascht niemanden, seit Jahren ist bekannt, dass die SBB zu wenig Personal haben. Letztes Jahr wurde eine Werbekampagne gefahren, um Quereinsteiger*innen für den Führerstand zu gewinnen – und in den Jahren zuvor wurden Lokführer*innen in den umliegenden Ländern abgeworben. Auch dem *Verband der Schweizer Lokomotivführer und Anwärter VSLA* ist das klar: „Seit 2015 haben wir das SBB-Management auf den Lokführermangel und auf drohende Zugausfälle aufmerksam gemacht. Aber unsere Warnungen wurden jahrelang zu wenig ernst genommen“, sagte der Präsident des VSLA, Hubert Giger, gegenüber der Zeitschrift *K-Tipp*. Auch intern ist dies länger bekannt. Offiziell wird das Manko mit Corona begründet, doch die Sache ist klar: Die SBB hat es ganz klar verpasst, genügend neue Lokführer-Anwärter*innen auszubilden. Auch wenn sich jetzt die Ausbildungsklassen wegen der Pandemie verspäten und gewisse Züge nicht ausgefallen wären, wenn einige früher fertig gewesen wären, das Problem wäre nicht gelöst gewesen. Missmanagement ist es auf jeden Fall. Die SBB-Führung um Meyer

träumte lieber von automatisierten Zügen und jagte den Quartalszahlen hinterher, als sich um das Alltagsgeschäft zu kümmern.

Automatisiertes Fahren

Dass beim früheren Traumberuf Lokführer*in die Leute fehlen, ist wahrscheinlich kein Zufall: An einen Berufswechsel denken nur die wenigsten, wenn die Arbeitgeber*innen immer wieder durch die Medien tingeln und sagen, dass in zehn bis zwanzig Jahren der Beruf nicht mehr existieren werde – oder würdest du alles liegen lassen, um Schirmmacher*in, Wagner*in oder Weissküfer*in zu werden? Diese Berufe haben ihren Reiz, ja. Aber sie klingen nicht unbedingt nach einem sicheren Einkommen. Wie lange die Entwicklung des vollautomatisierten Fahrens mit der bei der Eisenbahn geforderten Sicherheit geht, steht in den Sternen. Statt



Immer mehr Normalzustand: Der Personalmangel führt immer mehr zu Verspätungen und Ausfällen.

nach diesen zu greifen, wäre der SBB zu raten, den Eisenbahner*innen eine sichere Zukunft zu bieten und zu versuchen, neue Leute zu finden für die Zeit bis zu dieser alles andere als sicheren Zukunft.

In Deutschland noch schlimmer

In Deutschland ist die Lage schon länger und viel stärker angespannt als bei den SBB. Die Bahnprivatisierung hat dank den Ausschreibungen zwar lange in vielen Regionen für einen besseren Regionalverkehr geführt, doch die Schattenseiten des

sogenannten Wettbewerbs zeigen sich nun auch in diesem Bereich (der Bahnfernverkehr ist schon lange ein Desaster): Die häufigen Betreiber*innenwechsel führen dazu, dass die neuen respektive kleineren Gesellschaften nicht genügend Personal finden – oder dieses nicht auf den Fahrzeugen der Betreiberin geschult ist. Die Konkurrenz zwischen den Betreiber*innen um die lukrativen Aufträge der Bundesländer führt auch zu einem immensen Spardruck, da das günstigste Angebot gewählt wird respektive gewählt werden muss. Dies führt zur Zahlungsunfähigkeit einzelner Firmen, wie im Juli 2019, als ohne Vorankündigung fünf Zuglinien rund um Dresden ersatzlos eingestellt wurden. Andererseits führt dies auch zu schlechten Arbeitsbedingungen und Löhnen, was darin resultiert, dass die Bahnunternehmen ihre Ausbildungsklassen nicht gefüllt bekommen. Wie die SBB

Personal in Deutschland anwirbt, ist die DB deswegen händeringend im Ausland auf der Suche nach Lokführer*innen – unter anderem in Polen und den Niederlanden.

Verfehlte Bahnpolitik

Während die einen den anderen das Personal abzujagen versuchen, Firmen insolvent werden oder die vereinbarten Verkehre nicht erbringen können, machen die Fahrgäste nur eines: sich ärgern. Und werden wahrscheinlich nicht mehr mit dem Zug pendeln. Gerade jetzt, wo wir alles daran setzen sollten, möglichst guten ÖV anzubieten, damit das Auto so wenig wie möglich benutzt wird, um Klima, Umwelt und Städte zu entlasten. Dieses neuste Kapitel in der Tragödie Bahnprivatisierung zeigt einmal mehr, dass die neoliberalen Dogmen im System Eisenbahn nichts verloren haben. Wir brauchen eine Bahn, die aus einem Guss ist, bei der Netz und Betrieb in einer Hand sind und von denen kontrolliert werden, die sie benützen und betreiben. Und nicht von sparwürtigen Manager*innen, die bloss auf die Profitrate schielen und sich ständig überlegen, was noch entfernt werden kann, ohne dass zu viel kaputt geht.

ude

Gemeinsam gegen den Drachen

Die Pandemie hat grosse Auswirkungen auf die Produktion weltweit. In Bangladesch hat es die Kleidungsproduktion hart getroffen. Nun wehren sich die Arbeiter*innen gegen Ausbeutung und Betrug. Mit internationaler Unterstützung. Das Beispiel Dragon Group.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass Näher*innen und Textilarbeiter*innen ausgebeutet werden. Einen neuen Fokus darauf gab es, als am 24. April 2013 ein Hochhaus in Dhaka, Bangladesch, einstürzte. Das Gebäude beherbergte nebst einer Bank und Läden eben auch eine Bekleidungsfabrik. Tage zuvor wurden Läden und die Bank geschlossen, da immer mehr Risse auftauchten. Die Kleiderfabrik hingegen zwang ihre Arbeiter*innen zur Weiterarbeit. Während der Hauptarbeitszeit brach das Hochhaus schliesslich zusammen. Über Tausend Arbeiter*innen starben, etliche mehr wurden verletzt.

Bangladesch ist eines von vielen Ländern, die billig Kleider produzieren. Produziert wird in äusserst langen Schichten mit schlechter Bezahlung. Genau deswegen gibt es schon seit längerem Versuche, Gewerkschaften in diesem Bereich aufzubauen, denn der Staat schaut der Ausbeutung gleichgültig zu – oder fördert sie gar noch.

Pandemie war verheerend

Mit dem Anziehen der Corona-Pandemie im März brachen auch die Aufträge der Kleidungsindustrie zusammen. Dabei stornierten zum Teil die westlichen Modeketten Bestellungen, die sich schon in der Produktion befanden. So begann eine Abwälzung der Verluste nach unten: Die westlichen Modeketten bezahlten ihre Rechnungen nicht, die Ausfälle wiederum wurde von den Bossen in Bangladesch auf die Arbeiter*innen abgewälzt: Leute wurden von heute auf morgen entlassen, Löhne und Zulagen wurden einfach nicht gezahlt.

Die grosse Entlassungswelle bei Dragon Group

Die Dragon Group gehört zu den grossen Kleidungsexporteurinnen Bangladeschs

und somit auch weltweit. Gegründet wurde sie ursprünglich 1994. Einige der jetzt entlassenen Arbeiter*innen arbeiteten seit Beginn in der Fabrik. In den letzten Jahren nahm jedoch die Organisation unter den Arbeitenden zu, viele von ihnen traten der Gewerkschaft *Garment Workers' Trade Union Center GWTUC* bei.

Unter diesen Bedingungen ist auch die grosse Entlassungswelle im Februar und März dieses Jahres komisch. Wie so viele Betriebe weltweit scheint auch die Dragon Group die Corona-Pandemie als einen Vorwand zu missbrauchen, um Entlassungen durchzuführen – und dies zu einem Zeitpunkt, an dem ein Grossteil der Belegschaft gewerkschaftlich aktiv ist. Kein Wunder waren auffällig viele Gewerkschafter*innen auf der Abschlusliste.

Die Dragon Group verstösst dabei ganz offen gegen das lasche Arbeitsrecht Bangladeschs und setzt noch einen drauf:

ladesh. Die Betroffene Fabrik befindet sich in Dhaka, der Hauptstadt. Auch in anderen Betrieben kam es zu Entlassungen und Betrug an den Arbeiter*innen. Bereits im März kam es daher zu den ersten fabrikübergreifenden Demonstrationen. Im Juni versuchten dann verschiedene Belegschaften das Büro der Premierministerin in Dhaka „zu belagern“, was angesichts massiver Polizeipräsenz und -Gewalt nicht gelang. Dafür konnten 300 Arbeiter*innen einer anderen Fabrik in Bangladesch über drei Tage lang das Arbeitsministerium besetzen. Obschon der Konflikt vor allem mit den Chef*innen ausgetragen wird, hat die Regierung bereits durchblicken lassen, dass sie voll und ganz hinter den Kapitalist*innen steht. Ohne Widerstand würde somit die Krise voll und ganz auf die Arbeiter*innen abgewälzt. Die Arbeiter*innen fordern daher von der Regierung nicht nur Unterstützung in ihren Arbeitskämpfen, sondern wollen auch besseren Schutz erkämpfen.



*Nicht nur europäische Gewerkschaften beteiligten sich an der Kampagne, sondern auch wie hier die Näher*innengewerkschaft FGWM aus Myanmar.*

Neben der Massenentlassung behielt die Firma auch ausstehende Löhne und Bonuszahlungen zurück. Womit sie jedoch nicht gerechnet hatte, war die lokale und internationale Solidarität.

Vereint gegen die Kleidungsproduzent*innen

Die Dragon Group ist bei weitem nicht die einzige Kleiderproduzentin in Bang-

Internationale Solidarität

Eine neue Dynamik gewann der Kampf durch die sich ausbreitende internationale Solidarität. Schon kurz nach Beginn des Arbeitskamps bei der Fabrik *Dragon Sweater Bangladesh Limited* in Dhaka, stellten sich die *Internationale Konföderation der Arbeiter*innen IKA* wie auch die *Global Mayday Plattform* hinter die Arbeiter*innen.

(Fortsetzung auf Seite 6)

Dragon Group

(von Seite 5)

Im Juni kam es in mehreren Ländern zu Solidaritätsaktionen vor Abnehmer*innen der Dragon Group. Namentlich New Yorker, Aldi und Lidl lassen bzw. liessen in der Fabrik in Dhaka produzieren.

Währenddessen die Näher*innen in Dhaka auf die Strasse gingen, entwickelte sich so eine Solidaritätsbewegung, die international die Kund*innen der Dragon Group anging. Es kam zuerst zu Demonstrationen in Deutschland und Irland, Spanien

und Argentinien folgten. Ziel war es, den Druck international aufzubauen, nämlich dort, wo es dem Betrieb weh tut: bei den Kund*innen. Schnell darauf nahm die Dragon Group Kontakt mit den internationalen Gewerkschaften auf: Sie versuchte dabei die Gewerkschaft GWTCU in Bangladesch schlecht zu reden. Sowohl IKA wie auch *Global Mayday* bleiben jedoch standhaft an der Seite der Arbeiter*innen¹.

¹ Die IKA hat den gesamten Briefverkehr veröffentlicht: <https://www.icl-cit.org/bangladesh-dragon-group-tries-to-silence-protests/>

Momentan verweigert die Dragon Group noch Gespräche mit der GWTCU. Es wird sich also erst noch zeigen müssen, ob der Druck auf den Strassen weltweit etwas erreichen kann. Das Aufschrecken der Dragon Group kann jedoch bereits als erster Erfolg gewertet werden.

FAT

Weitere infos findet ihr auf:

www.icl-cit.org

globalmayday.net

Arbeitskämpfe in Europa

Neubeginn einer Bewegung oder letztes Aufbäumen?

Madrid, Paris, Brüssel: In zahlreichen europäischen Ländern kommt es seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie zu einer ungewöhnlich hohen Zahl an Arbeitskonflikten, darunter Streiks in Fabriken, Logistikunternehmen und Dienstleistungsbetrieben. Der Politikwissenschaftler Jörg Nowak erforscht in seinem Beitrag die aktuellen Arbeiter*innenkämpfe und zeichnet nach, was für erstaunliche – häufig jedoch kaum beachtete – Dinge seit März 2020 in Europa passiert sind. Ein Streifzug.



*Im Juli gingen in Spanien Mediziner*innen auf die Strasse. Wie in anderen Ländern fehlten nicht nur Schutzausrüstung, sondern auch aushaltbare Arbeitsbedingungen.*

In einer ersten Phase traten die Streiks vor allem im Gesundheitsbereich und in grossen Lagerhäusern wie etwa von Amazon auf, und in einer zweiten Phase verstärkt in Fleischfabriken und in der Landwirtschaft. Insofern waren die seit der Pandemie als „essentiell“ bezeichneten Bereiche besonders betroffen – nicht zuletzt, weil es dort während der Lockdowns eine besonders starke Arbeitsbelastung gab und Schutzmassnahmen für die Arbeiter*innen häufig unzureichend waren.

Das betraf vor allem den Gesundheitsbereich – in mehreren europäischen Ländern waren um die 10 % aller mit dem Coronavirus infizierten Arbeiter*innen aus diesem Sektor, und Schutzkleidung war nicht ausreichend verfügbar. Es ist geradezu zynisch, dass in den nun als essentiell definierten Sektoren die Ar-

beit bereits vor der Pandemie besonders schlecht bezahlt und gesundheitsgefährdend war, und dies hat sich während der Pandemie eher verschlechtert.

Streiks im Gesundheitssektor – in ganz Europa

Die französische Regierung liess konsequenterweise Proteste von Arbeiter*innen aus dem Gesundheitssektor am 16. Juni 2020 unter Verweis auf die Regeln zur sozialen Distanzierung von der Polizei niederknüppeln – allein in Paris waren 18'000 auf die Strasse gegangen. In Madrid kam es im Juli 2020 zu einem zweiwöchigen Streik¹ von 1000 Ärzt*innen gegen befristete Verträge und niedrige Bezahlung, und in Belgien, Bulgarien und Rumänien haben Pflegekräfte in Krankenhäusern mehr-

¹ <https://www.jungewelt.de/artikel/383000.gesundheitswesen-%C3%A4rzte-am-limit.html>

fach gegen schlechte Arbeitsbedingungen protestiert.

Andere als essentiell bezeichnete Sektoren sind die Agrar- und Nahrungsmittelindustrie, Lieferdienste und Onlinehändler, Frachttransport und der öffentliche Nahverkehr. Auch hier kam es zu zahlreichen Protesten: In Italien und Spanien kam es zu Streiks von meist migrantischen Landarbeiter*innen. Im Juni 2020 wurden 300 von 600 Lidl-Filialen sowie alle zehn Logistikzentren des Lidl-Konzerns in Spanien bestreikt, da die

Gesundheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz unzureichend waren.

Logistikzentren von Amazon in Frankreich wurden bereits Ende März bestreikt, und in Italien kam es zu vielfältigen Protesten in der Logistik, zum Beispiel beim Konzern TNT. In Brüssel gab es im Mai 2020 einen umfangreich befolgten Streik im Nahverkehr, wiederum gegen fehlenden Gesundheitsschutz. Hier hatte die Gewerkschaft ein Abkommen mit den Arbeitgeber*innen geschlossen, ohne sich mit der Belegschaft abzustimmen, und so kam es zum wilden Streik.

Arbeitskämpfe in der Industrie

Aber auch in der Industrie gab es einige grössere Konflikte: Tata Steel in IJmuiden in den Niederlanden wollte im Juni 2020 1000 von 9000 Beschäftigten entlassen. Nach 25 Tagen Streik war das Ergebnis,

dass es bis zum Jahr 2026 keine Entlassungen geben wird. In Spanien, in der Sonderwirtschaftszone Montcada bei Barcelona, haben die Angestellten des dortigen Nissan-Werkes fast 100 Tage lang gegen die Schliessung ihres Werks gestreikt. Diese konnten sie nicht verhindern, sondern lediglich in einem Anfang August abgeschlossenen Abkommen bis zum Dezember 2021 hinauszögern. Während die etwa 2400 Festangestellten Sozialpläne bis zur Rente erhalten, sind die 1500 Leiharbeiter*innen nicht darin einbezogen, und einige der tausenden Angestellten bei Nissan-Zulieferern sind seit August 2020 im Streik, zum Beispiel 500 Arbeiter*innen der Firma Acciona.

Insofern kann man zweifelsfrei festhalten, dass Arbeitskonflikte während der Pandemie weit verbreitet waren und sind, aber bedeuten sie einen Aufbruch der europäischen Arbeiter*innenklasse oder lediglich ein kurzzeitiges Aufflammen in einer Krisensituation? Besonders in Grossbritannien kam es zu zahlreichen wilden Streiks in der Bauindustrie, Logistik, der Fleischindustrie und in der lokalen Verwaltung – unter anderem wegen der hohen rechtlichen Hürden und Einschränkungen bei offiziellen Streiks.

Viele der Streiks während der Coronakrise wurden von den Belegschaften selbst geführt und kleinere Gewerkschaften und Basiskomitees spielten eine grosse Rolle in den Konflikten. Insofern gibt es durchaus Zeichen für eine Wiederbelebung der Basisaktivitäten in den Betrieben. Auf der anderen Seite ist das erhöhte Konfliktpotential von Seiten der Arbeiter*innen angesichts der schon begonnenen und noch zu erwartenden Stellenstreichungen und Lohnsenkungen eher noch zu gering, um eine alternative Perspektive durchzusetzen.

Umstrukturierungen im Schnelldurchlauf

Besonders bei Fluggesellschaften werden tausende Stellen gestrichen, viele Dienstleistungssektoren wie Tourismus, Restaurants und Hotellerie sind vollkommen eingebrochen und es zeichnet sich jetzt schon ab, dass das Kapital die Coronakrise nicht nur für umfangreiche Entlassungen,

sondern auch für erhöhten Technologieeinsatz nutzen wird. Die Coronakrise erlaubt es Unternehmen, lang geplante Sparmassnahmen und erhöhten Technikeinsatz recht schnell einzuführen.

Diese massiven strukturellen Veränderungen werden sich in den nächsten 18 Monaten bemerkbar machen, ebenso wie eine Pleitewelle bei kleinen und mittleren Unternehmen, von denen etwa 20 Prozent schon vor der Pandemie quasi pleite waren und sich als Zombieunternehmen gerade noch über Wasser hielten. Die Europäische Kommission ging im Mai 2020 davon aus, dass Unternehmen in Europa im besten Fall bis zum Ende des Jahres 720 Milliarden Euro verlieren werden und dass bis



Der Abbau kommt: Viele Konzerne denken laut über Stellenabbau nach. Der Lastwagenhersteller MAN will zum Beispiel 6000 Menschen entlassen.

dahin ein Viertel aller Unternehmen mit mehr als 20 Angestellten in Europa Pleite sind und nicht mehr auf flüssiges Kapital zurückgreifen können – auch dann, wenn Löhne subventioniert werden.

Die reale Entwicklung seit Mai verlief um einiges schlechter, als in dieser Studie der Kommission angenommen wird. Das bedeutet, dass Unternehmen nicht investieren werden: Die Europäische Investitionsbank geht davon aus, dass die privaten Investitionen um mehr als die Hälfte fallen werden. Die Europäische Kommission konnte sich im Juli nicht auf staatliche Hilfen für Unternehmen einigen, daher wird es nationale Lösungen zur Hilfe von Unternehmen geben, was ein europäisches Handeln der Arbeiter*innenbewegung erschwert.

Diese Situation wird die Unternehmen in die Lage versetzen, mit realen Verlusten zu argumentieren, um die Arbeitswelt radikal nach ihren Interessen umzugestalten. Egal ob auf europäischer oder auf nationaler

Ebene, diese Situation erfordert Alternativkonzepte auf politischer Ebene im Interesse der Arbeitenden – daher reicht eine Streikwelle an der Basis nicht aus, um dem Kapital etwas entgegenzusetzen.

Überisierung der Arbeitswelt

Wenn die Arbeiter*innenbewegung in Europa als Antwort auf diese schon begonnene und noch anstehende Welle der Entlassungen in den nächsten sechs Monaten keine gut organisierten Ansätze der Gegenwehr sowie Alternativkonzepte entwickelt, wird sie sich in einer Welt wiederfinden, die sie kaum wiedererkennen wird. Besonders gut bezahlte Stellen in der Industrie

werden noch rarer und der Bereich der persönlichen Dienstleistungen wird eine weitere Verschlechterung bzw. eine weitere „Überisierung“ erleben mit noch mehr Scheinselbständigkeit und Arbeit auf Abruf – ein Modell, das heute schon Lieferdienste und das LKW-Gewerbe prägt.

Insofern geht es für so etwas wie den europäischen Sozialstaat, den die Arbeiter*innenbewegung einst erkämpft hat, definitiv ums Überleben.

Bisher ist im Gefolge der

Coronakrise weder auf der Ebene von Alternativkonzepten noch auf der Ebene europäischer transnationaler Koordination viel passiert – die Coronakrise und der anstehende ökologische Umbau würden jede Menge Steilvorlagen für konstruktive Gegenkonzepte bieten, aber solche Gelegenheiten müssen auch ergriffen werden. Mit dem allmählichen Abflauen der Corona-Infektionen bietet sich vielleicht auch die Gelegenheit, der Offensive des Kapitals etwas entgegenzusetzen. Deutlich ist jedenfalls, dass sehr schwierige Bedingungen auf die Arbeiter*innenklasse in Europa (und auch anderswo) zukommen, aber solch eine Zuspitzung kann auch die Gelegenheit bieten, die aktuelle Produktionsweise abzuschaffen und die drohende Klimakatastrophe abzuwenden.

Jörg Nowak

Zuerst erschienen auf:
www.berlingazette.de

Die FAU? Was ist das?

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter*innen denjenigen der Kapitalist*innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär*innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTIKAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, die alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss. Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch



Kurzarbeit + Quarantäne

(Stand 1. September)

Kurzarbeit ist grundsätzlich ein Mittel, Entlassungen zu verhindern und wirtschaftlich schlechte Zeiten abzufedern. Mit der Corona-Pandemie hat dieses Mittel nochmals an Bedeutung gewonnen. Mit der zeitweisen Entspannung und Stabilisierung der Lage rückt auch die Kurzarbeit weiter in den Hintergrund. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass es zu einer zweiten Welle kommt und eventuell auch wieder zu Betriebsschliessungen. Hier daher ein kurzes FAQ zur Kurzarbeit.

Wichtig zu wissen: **Ab September verfällt der Anspruch auf Kurzarbeit für Arbeiter*innen auf Abruf und für befristete Verträge!** Daher ist es wichtig, dass bei einer neuen Stelle darauf beharrt wird, dass **ein festes Pensum vereinbart** wird. Versuche zudem wenn möglich einen unbefristeten Vertrag zu kriegen. Falls dies nicht möglich ist und es zu einer erneuten Einschränkung kommen sollte: **Du hast trotzdem Anspruch auf Lohnfortzahlung, auch wenn du keine Kurzarbeit kriegst. Melde dich am besten bei einer Gewerkschaft, da die Chef*innen dies nicht so sehen.** Aber dafür ist es wichtig, dass du ein vereinbartes Stundenpensum hast.

Mit der ausserordentlichen Lage hatte der Bundesrat die Art der Kurzarbeit grundlegend verändert, damit diese schneller ausbezahlt werden kann. Neu wird nicht mehr individuell pro Arbeiter*in abgerechnet, sondern im *summarischen Verfahren*. Das heisst: Die Ausfallstunden werden zwar individuell berechnet wo nötig, werden aber gesamtbetrieblich abgerechnet.

Ich habe 10 Ausfallstunden, mein*e Kolleg*in 10 Überstunden. Kriege ich jetzt 10 Stunden weniger ausbezahlt?

Nein. Es stimmt, dass die 10 Überstunden den gesamtbetrieblichen Ausfallstunden

abgezogen werden und somit auch nicht dem Betrieb ausbezahlt werden. Du kriegst aber trotzdem deine 10 Ausfallstunden ausbezahlt, aber natürlich zu 80%.

Ich habe/hatte Ferien während Kurzarbeit, wie sieht es lohnmässig aus?

Ferien fallen nicht unter die Kurzarbeit, sind somit also auch zu 100% auszubezahlen. Im Stundenlohn muss dein Ferienanteil auf einen 100%-Lohn berechnet werden.

Ich habe Covid-19/ ich wurde in Quarantäne gesteckt. Was ist mit meinem Lohn?

Dein Lohn muss weiterhin bezahlt werden, jedoch auch wieder zu 80%. Dies gilt jedoch nur, falls du auf behördliche Anordnung in Quarantäne/Isolation musst. Bei freiwilliger Quarantäne hast du keinen Anspruch auf Lohn.

Die Zahlung wird unterschiedlich gehandhabt. Wo die Kurzarbeit greift, wird dies über die Kurzarbeit abgerechnet. Die anderen bekommen ihr Geld von der Ausgleichskasse in Form von Erwerbsersatz.

Falls du zu Ferienzwecken in ein Gebiet reist, welches **bei der Abreise** auf der Quarantäneliste stand oder dies angekündigt wurde, verfällt dein Anspruch auf Lohn.

Weitere Infos findest du auf unserer Homepage (faubern.ch):



Impressum

di schwarzi chatz
Quartiergasse 17
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 200
Konto: 30-276725-1

Erscheint 6 Mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch